

Medienmitteilung

Thema	Abstimmungsparolen für den 05. Juni 2016
Für Rückfragen	Roland Fischer roland.fischer@grunliberale.ch / 079 422 76 60
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern lu@grunliberale.ch / www.lu.grunliberale.ch
Datum	06. Mai 2016

glp sagt 3x Nein und 2x Ja

An seiner Sitzung vom 28. April 2016 hat der kantonale Vorstand der Grünliberalen Partei des Kantons Luzern zahlreiche Abstimmungsparolen beschlossen. Für die nationalen Abstimmungen am 05. Juni 2016 spricht sich die glp gegen die drei Volksinitiativen „Pro Service Public“ und „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ sowie „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ aus. Bei den Referenden wurde sowohl für die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes als auch für die Änderung des Asylgesetzes die Ja-Parole gefasst.

Die Initiative „Pro Service Public“ lehnt der Vorstand der Grünliberalen einstimmig ab. Die Initiative will bei den öffentlichen Unternehmen Gewinne und Quersubventionen verbieten. Damit schießt sie am Ziel vorbei und gefährdet dringend notwendige Investitionen und die Versorgung in den Randgebieten.

Milchkuhinitiative führt zu Sparmassnahmen beim öffentlichen Verkehr und in der Bildung

Mit der „Milchkuh-Initiative“ sollen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer ausschliesslich dem Strassen- bzw. Luftverkehr zur Verfügung stehen. Die einstimmige Nein-Parole begründet der Vorstand damit, dass bei einer Annahme der Initiative in der Bundeskasse finanzielle Mittel in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken fehlen würden. Das hätte Sparmassnahmen unter anderem beim öffentlichen Verkehr und in der Bildung zur Folge. Des Weiteren verursacht der motorisierte Strassenverkehr jährlich ungedeckte Kosten in der Höhe von rund 6 Milliarden Franken. Die Initiative geht deshalb vollkommen in die falsche Richtung. Auch die Initiative „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ wird von den Grünliberalen abgelehnt. Hauptargumente gegen die Initiative sind die hohen Kosten und die negativen Auswirkungen auf die Eigenverantwortung und die Arbeitsproduktivität.

Das neue Asylgesetz beschleunigt die Verfahren

Bei der Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes wurde das Referendum ergriffen. Aufgrund ihrer liberalen Werthaltung folgt die glp dem Bundesrat und hat die Ja-Parole gefasst. Auch beim Referendum gegen das Asylgesetz spricht sich der Vorstand einstimmig für die Änderung des Gesetzes und damit für beschleunigte, gerechtere und günstigere Asylverfahren aus.

Für eine grüne Wirtschaft, und einen attraktiven Unternehmensstandort Luzern

Neben den Parolen für die Abstimmungen vom 5. Juni hat sich der Vorstand zu einer weiteren eidgenössischen und einer kantonalen Volksinitiative ausgesprochen, die später zur Abstimmung kommen werden. So unterstützen die Grünliberalen die Volksinitiative für eine grüne Wirtschaft, welche den Ressourcenverbrauch deutlich reduzieren will, unter anderem mit der Förderung der Kreislaufwirtschaft und Lenkungsabgaben.

Abgelehnt wird hingegen die kantonale Volksinitiative „Für faire Unternehmenssteuern“. Hauptgrund für das Nein ist die Unternehmenssteuerreform III des Bundes. Diese wird die Steuerlandschaft für Firmen in der Schweiz vollkommen umkrempeln, wobei zahlreiche Kantone ihre Steuerbelastung anpassen werden. Mit seiner Steuerstrategie hat sich der Kanton Luzern eine gute Ausgangslage geschaffen. Aus der Sicht der Grünliberalen wäre deshalb eine deutliche Erhöhung der Unternehmenssteuern das falsche Signal. Eine Annahme der Initiative würde zu einem merklichen Attraktivitätsverlust des Wirtschaftsstandorts Luzern führen und Arbeitsplätze gefährden.